Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 74. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 28. März 1933. | 15. Jahrgang.

411 Stadt. Bibliothek S 839

Etwas wünschen und verlangen,
Etwas hoffen muß das Herz,
Etwas zu verlieren bangen
Und um etwas fühlen Schmerz.

Rückert.

Die Aufbauarbeit beginnt!

Der große nationale Sieg hat in deutschen Landen eine ungeheure Begeisterung geweckt. Das so schwer umkämpfte Ziel ist endlich erreicht, und gerade die Mitarbeiter des Aufwärts, die in nicht so einfacher Situation schon seit Jahren im Aufwärts für die nationale Front eingetreten sind, sehen sich in ihrer zähen Mitarbeit an dem großen Werk belohnt.

Die Feste muß man feiern, wie sie fallen, u. mit Recht haben die Mitkämpfer die Tage des Sieges gefeiert. Der Ernst der wirtschaftlichen Lage erfordert aber doch Selbstzucht und Mäßigung. Aus der Festesstimmung werden wir ziemlich schnell wieder in den nüchternen Alltag zurückversetzt. In der Außenpolitik stehen große Entscheidungen unmittelbar bevor. Die Wirtschaftskrise hat sich eigentlich in den letzten Monaten verschärft. Die neue Regierung ist mit den inneren machtpolitischen Fragen sehr schnell fertig geworden. Um so mehr machen der Regierung die wirtschaftlichen Probleme zu schaffen. Allerdings ist von dieser Regierung auch auf diesem Gebiet eine gewaltige Arbeit geleistet worden. Es ist festgestellt worden, daß kaum ein Tag vergangen ist, der nicht neue Verordnungen auf wirtschaftlichem Gebiete gebracht hätte. Auch hier wird ersichtlich, wie sehr anders die Methoden der neuen Männer sind, als die der Vertreter des alten Systems. Klar erkennbar tritt das Bestreben zu Tage, den Binnenmarkt wieder aufzubauen. Die Mehrheit des Volkes erkennt die Notwendigkeit dieser Maßnahmen an. Auch die Exportindustrie wird nicht weiterhin glauben machen wollen, daß Deutschland alle Hoffnung auf die Belebung des Exportes setzen muß. Auch ohne die Schutzzollpolitik wäre die Exportindustrie in fast der gleichen Lage, in der sie sich augenblicklich befindet. Man vergißt immer wieder, daß doch das Ausland begonnen hat, Zollmauern zu errichten und sich gegen die Einfuhr deutscher Waren abzuschließen. Das war die große Unterlassungssünde des Systems, daß man damals nicht sofort zu Gegenmaßnahmen schritt. Nachdem wir nun jetzt erst aus der Not heraus nicht mehr anders können als das zu tun, was die anderen Staaten Jahre vorher schon durchführten, erwachsen uns überall die größten Schwierigkeiten. Jeder Zwergstaat führt die sogenannte große Klappe in der Meinung, Deutschland habe nicht das Recht, die Rolle eines Duckmäusers abzulegen.

Ein wichtiges Ereignis in Amerika verdient ernsteste Würdigung. Die Weltwirtschaftskrise wurde 1929 eingeleitet durch den riesigen Börsenkrach in New-York. In diesen Wochen erlebte Amerika eine Bankenkrise größten Ausmaßes. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß auch diese Bankenkrise die Weltwirtschaftslage weiterhin stark beeinflußt und unserer Exportindustrie manche Hoffnungen zerstört. Wieder werden wir durch diese Ereignisse zurückverwiesen auf den Inlandsmarkt. Es gilt, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Hugenberg und seine Mitarbeiter haben die Folgerung aus der Lage gezogen, und man sieht, wie man systematisch zunächst der Landwirtschaft Hilfe angedeihen läßt. Eigentlich ist jeder Zweig unseres Inlandsmarktes in bitterer Not. Man hat aber mit Vorbedacht bei der Landwirtschaft angefangen, weil man in ihr den Schlüsselpunkt des Inlandmarktes erkannt hat. Eine rentable Landwirtschaft wird nicht nur die Millionen freigesetzter Arbeitskräfte wieder aufnehmen, sondern auch sonst der Wirtschaft stärkste Anregung zuführen. Weil ein Rad in's andere greift, so wird sich von der Landwirtschaft aus eine Belebung der Wirtschaft einleiten lassen. Zwar wäre es töricht, der Exportindstrie nicht die Förderung angedeihen zu lassen, die sie braucht, aber vorerst ist die Belebung des Binnenmarktes auch für die Industrie von allergrößter Wichtigkeit.

Ebenso energisch wie Hitler die ihm zugefallenen Aufgaben ansaßt, ebenso tatkräftig hat auch Hugenberg seine Arbeit getrieben. Zwar hat Hugenberg in seinem Gebiet nicht die Möglichkeit, so stark propagantistisch nach außen zu wirken, und deshalb hat Hitler bei den Wahlen auch sehr viel besser abgeschnitten als Hugenberg. Hitler ist Reichskanzler, u. gegenüber dieser Führerstellung Hitlers tritt Hugenberg in den Hintergrund. Kann Hugenberg mit seinen engeren Freunden das von ihm begonnene Werk ungestört weiterführen, dann wird die Bedeutung der Persönlichkeit Hugenbergs doch einmal aller Welt offenbar. Noch gibt es genug Elemente, die immer wieder versuchen, zwischen Hitler und Hugenberg Gegensätze zu schaffen. Dabei beruft man sich auf den nationalen Sozialismus, dem Hugenberg genau so den Kampf angesagt hat wie dem internationalen Sozialismus. Hugenberg ist, das wird bald klar hervortreten, kein Gefangener des internationalen Kapitalismus. Die von Hugenberg z. B. angeordnete Neuwahl des Börsenvorstandes hat, wie die Zeitungen melden, wie eine Bombe eingeschlagen. Die Wahl der einzelnen Vertreter ist völlig dem Einfluß der Regierung unterstellt. Das bedeutet die Einleitung zur völligen Umgestaltung des Börsenlebens.

Hugenberg ist auch nicht im bösen Sinne reaktionär. Es wird noch einige Zeit dauern, bis dieser so verhetzte u. so zu Unrecht gehaßte Mann, so verstanden wird, wie man ihn heute schon verstehen müßte. Auch sein Staatssekretär und engster Mitarbeiter Dr. Bang klebt nicht an alten Wirtschaftsformen. Nicht unbekannt dürfte sein, daß Hitler sich schon vor Jahren um diesen wirklich fähigen Kopf bemüht hat. Hugenberg und Bang sind von echt vaterländischer Gesinnung beseelt. Es gibt Menschen, die sich wundern, daß Hugenberg in ein Kabinett Hitler eingetreten ist. Hier darf man darauf hinweisen, daß Hugenberg schon vor Jahresfrist die Auffassung vertrat, daß Hitler Reichskanzler werden müsse. Er war schon immer bereit in einem Kabinett Hitler mitzuarbeiten. Hugenberg zeigt damit, daß er sich nicht im parteipolitischen Denken verstrickt hat. Wer nun aber glaubt, einen Keil zwischen Hitler und Hugenberg treiben zu können, der vergißt, daß der riesige Wahlerfolg Hitlers erst dadurch möglich wurde, daß Hitler und Hugenberg sich die Hand zum Bunde gereicht hatten. Derjenige aber, der die Bundestreue aus kleinlichen und selbstsüchtigen Gründen aufkündigen würde, würde sich das Vertrauen von vielen Millionen Wählern verscherzen. Man sollte deshalb im Interesse des Vaterlandes endlich mit den Versuchen, die schwer erkämpfte Einigkeit zu unterminieren, aufhören. Das Ermächtigungsgesetz stellt ausdrücklich fest, daß nur dieser augenblicklichen Regierung die weitgehenden Vollmachten erteilt werden. Das ist eine weitere Klammer, die die Männer der Regierung zur gemeinsamen Arbeit geradezu zusammen-zwingt.

Führer und Volk werden in den kommenden Zeiten noch manche Nervenprobe zu bestehen haben. Es wird sich erweisen müssen, ob mit dem 21. März der Geist von Potsdam neues geistiges Leben in unserem Volk geweckt hat. Bleiben wir in diesem Geist von Potsdam, und findet sich vor allem unser Volk wieder zurück in Demut zu dem allmächtigen Gott, dann braucht uns um den Erfolg der Arbeit unserer Führer um die Zukunft der deutschen Nation nicht bange zu sein.

Th.

Deutschlands Schicksalswende.

Nachdem am 5. März das deutsche Volk die Tat Hindenburgs, die Führer der nationalen Bewegung in die Regierung zu berufen bestätigt hatte, und diese Regierung zum Volksfeiertag nach Potsdam aufrief, da zeigte sich der Widerhall jener Begeisterung, von der das deutsche Volk stets in großen Stunden und Tagen gepackt wird. Dieses Mal in Potsdam, in Berlin, in allen deutschen Gauen: „Ein Reich, ein Volk, ein Gott." Wer diese Stunden in Potsdam miterlebt hat, u. es waren Hunderttausende, wird sich des Eindruck nicht erwehren können, daß die Glocken der Garnisonkirche in Potsdam am 21. 3. eine Zeit zu Grabe geläutet haben, die in der Geschichte als die Aera tiefster Erniedrigung des deutschen Volkes gelten wird. Deutsche Unfreiheit und Not, Ohnmacht und Zerrissenheit waren die Kennzeichen. Das Volk, nach einem Kriege unerhörtester Anstrengungen, Leiden und Entbehrungen mürbe geworden, ertrug Demütigungen und eine Führung, die uns aus den Trümmern des Krieges auf der Basis einer falschen weltanschaulichen Denkart beschert worden war. Jahrelang schien es, als ob unser Volk sich einem verhängnisvollen Fatalismus hingeben wolle. Jedoch die wirtschaftlichen und seelischen Nöte bereiteten den Boden vor zur Aufnahme einer neuen Lehre, nicht neu, sondern alt und in vielen Stürmen bewährt: Das Wiedererwachen der deutschen Volksseele zum nationalen Gedanken, der wiedererwachten Liebe zur deutschen Nation, zu dem Willen, durch eigene Kraft die Fesseln zu sprengen, die uns gefangen hielten. Dieser Gedanke zündete, loderte auf, riß mit, erfaßte Hunderttausende, Millionen — und fand Auswirkung und Höhepunkte am 21. März in der alten Hohenzollernstadt Potsdam.

Es war keine plötzliche Laune, daß die Reichsregierung Potsdam als den Ort der feierlichen Reichstagseröffnung wählte. Gegenüber der Zeit von Weimar, in der man infolge der damaligen Geistesverwirrung bewußt von Potsdam und seiner geschichtlichen Tradition abwich, flammte es als heißes Bedürfnis von Volk und Staat auf, den Staatsakt der feierlichen Reichstagseröffnung in Potsdam festlich zu begehen. Handelte es sich doch um mehr, als nur um das Ende eines bestimmten politischen Systems. In Potsdam kam der Wille zu deutscher Kraft und Einheit, Freiheit und Größe monumental zum Ausdruck: „Von hier und von heute an beginnt eine neue Zeit." Der Reichspräsident von Hindenburg prägte es in die richtigen Worte, wenn er sagte: „Es soll die Zeit sein, in der unser deutsches Volk sich wieder einen nationalen und wehrhaften Staat baut." Der Reichskanzler Adolf Hitler hat in seiner Rede in der Garnisonkirche die Wiederherstellung der Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation in den Mittelpunkt der großen Aufgaben gerückt, die das Schicksal dieser Regierung der nationalen Erhebung gestellt hat. Die Einheit des deutschen Geistes und des deutschen Willens in einem nationalen und wehrhaften Staat, das ist das gewaltige Ziel, das in den wenigen Worten der beiden Männer zum Ausdruck kommt, ein Ziel, wie es uns seit Bismarcks Zeiten nicht mehr gezeigt wurde.

Zwei ergreifende Augenblicke aus der Garnisonkirche: Adolf Hitler reicht lange und fest dem Reichspräsidenten von Hindenburg die Hand. Er als der leidenschaftliche, noch jugendliche Aufpeitscher der deutschen Volksseele, der Wecker des eingeschlafenen nationalen Bewußtseins; Hindenburg, der Vaterlandsverteidiger in seinen Jünglingsjahren, der pflichttreue, schaffende Soldat in seinen besten Mannesjahren, in hohem Alter als Generalfeldmarschall der nicht besiegte Heerführer im Weltkrieg, und im Greisenalter Führer des ganzen Volkes und Vater des Vaterlandes. Es hat wohl alle bis ins Innerste bewegt und erschüttert, als der Reichskanzler sich an dieses greise Haupt wandte mit den Worten: „Herr Generalfeldmarschall, wir erheben uns vor Ihnen." — Alles steht auf. — Hitler fährt nach einigen Hinweisen auf Hindenburgs Lebensarbeit fort: „Dies Ihr wundersames Leben ist für uns alle ein Symbol der unzerstörbaren Lebenskraft der deutschen Nation. So dankt Ihnen des deutschen Volkes Jugend, und wir alle mit, die wir Ihre Zustimmung zum Werk der deutschen Erhebung als Segnung empfinden."

Dann der andere Augenblick: Hindenburg schreitet in die Gruft zu den Preußenkönigen, die Preußen schufen und den Grund zum neuen Deutschen Reich legten. Die Lebenden an die Toten. Eine stumme Aussprache. Erschütternd: der Mann, der Preußen-Deutschland rettete, steht zwischen den toten Königen, als wollte er ihnen sagen: „Wir sind noch da, das alte Reich, die alten Fahnen, die alte Ehre und ein neues Volk mit einem neuen festen Willen, nicht eher zu ruhen, bis Deutschlands Größe und Macht wieder hergestellt ist." In diese ergreifende Stille fallen draußen die Salutschüsse der Geschütze. Dann Bewegung, alles mit sich fortreißende Begeisterung, als der Feldherr das Heer grüßt, der Parademarsch der Reichswehr, das Herrlichste, was der Mensch an militärischem Schauspiel sehen durfte. Die Veteranen werden begrüßt. Nochmals heller Jubel. Dann setzt die Entspannung ein; die Feier ist zu Ende.

Von Potsdam nach Berlin! Die formelle Eröffnung des Reichstags erfolgte in der Krolloper. Welch ein anderes Bild! Nach dem Festjubel nüchterne, fast eintönige Arbeit. Auf der Regierungsestrade keine Reichsminister, die es vorgezogen hatten, auf ihren Plätzen im Plenum als Abgeordnete Platz zu nehmen. Nur wenige Ministerialbeamte sind anwesend. Im Plenum fast feierliche Stille. Belebend wirkten nur die Uniformen der Nazi-Abgeordneten, die fast die Hälfte des Sitzungssaales füllen und mit mehr jugendlichem Schwung der Freude über den Sieg Ausdruck geben. Ernst ist die Stimmung bei den übrigen Parteien, besonders bei der Sozialdemokratie, die sich auf dem äußersten linken Flügel etwas vereinsamt vorkommt. Auch das Zentrum merkt, daß es an Bedeutung verloren hat. — Alle Formalitäten, abweichend von früheren Reichstagseröffnungen, sind in wenigen Minuten erledigt, sodaß der Reichstagspräsident Göring seinem Bedürfnis, nicht den Gepflogenheiten des Hauses folgend, eine schneidige Schlußrede halten kann. Manch treffliches Wort enthalten, aber nicht überparteilich, nicht ohne trefffichere Hiebe gegen die Parteien von gestern.

Die zweite Sitzung am Donnerstag hatte seltene Höhepunkte. Der Reichskanzler begründete das Ermächtigungsgesetz. Er war ganz Staatsmann, nicht nur Agitator und Volksredner. Auch als Staatsmann durch die Formulierung seiner wuchtigen Gedanken erzielte er eine einzig große Wirkung. Wie wird Hitler sich als Staatsmann geben? Das war die besorgte Frage vieler, die ihm bisher argwöhnisch gegenüberstanden. Wahrscheinlich

wird die Stunde kommen, wo seine Gegner ihm einiges werden abbitten müssen. Dann — rethorisch eine Glanzleistung, wie er den Sozialdemokraten Wels abfertigte. Ein gewaltiger Sieg die Abstimmung, in der das Ermächtigungsgesetz nur gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. Keine Reichsregierung hat jemals eine solche Machtfülle besessen wie die Regierung Hitler. In wenigen Tagen und Wochen wurde mehr Politik gemacht und Arbeit geleistet als sonst in Jahren. Nun weiter so mit Gottvertrauen und dem nie versagenden Mut der nationalen Erhebung. Deutschlands Schicksalswende! W. W.

Zur Frage der eugenischen Sterilisierung.

In Nr. 26 des Aufwärts warnt Dr. Stoevesandt-Bremen vor leichtfertiger Zustimmung zu dem von ärztlicher und anderer Seite allgemein geforderten Gesetz zwecks Freigabe der Sterilisierung aus eugenischer Indikation. Die Sterilisierung aus medizinischer Indikation (zum Schutze der Mutter) ist selbstverständlich zulässig, die Sterilisierung aus sozialer Indikation wird von den Aerzten abgelehnt.

Am 11. November 1932 war ich Teilnehmer einer vielstündigen Sitzung der erweiterten württembergischen Aerztekammer, in der diese Frage auf Grund fünf ausführlicher Referate (die Tübinger Universitätsprofessoren der Chirurgie, der Gynäkologie und der Psychiatrie, ein praktischer Arzt und ein Jurist) und einer längeren Diskussion man kann wohl sagen erschöpfend behandelt wurde. Auch die von Dr. Stoevesandt im Aufwärts vorgebrachten Gesichtspunkte kamen mit fast denselben Worten und Beispielen zur Diskussion. Trotzdem glaubte die Versammlung in ihrer erdrückenden Mehrheit die eugenische Sterilisierung empfehlen zu dürfen, ja dringend fordern zu müssen. Ein diesbezüglicher Antrag an die Regierung wurde angenommen. Die Beweggründe dieser Versammlung hatten nichts mit Sparmaßnahmen zu tun, waren auch nicht von irgendeiner einseitigen weltanschaulichen oder politischen Einstellung diktiert, sie waren nur getragen von ernster Sorge um die leibliche, geistige und moralische Gesundheit unseres Volkes. Wenn auch nicht in erster Linie von christlicher Liebe geredet wurde, so wehte doch ein Unterton davon durch die Haltung der Redner und Zuhörer. Es ist unmöglich, hier eine Darstellung der so vielseitigen Frage zu geben, ich greife nur zwei Gesichtspunkte heraus, die auf Gedanken nach Art der Dr. Stoevesandts entgegnet wurden.

Dr. Stoevesandt schreibt: „Die Eugenik ist eine kalte, berechnende Wissenschaft. Das Leben aber ist nur „lebenswert", wenn es durchsetzt ist mit Liebe und Leid, mit dem Erbarmen um die Schwachen, usw.". In jener Versammlung machte es besonderen Eindruck, wie Professor Dr. Mayer, der als besonders gewissenhaft bekannte Vorstand der Tübinger Frauenklinik, schilderte, daß er nicht selten von Frauen kniefällig und unter Tränen um die Sterilisierung gebeten wird, sie aber entgegen seinem Gewissen des Gesetzes wegen ablehnen muß. Es handelt sich um Frauen von Trinkern und anderen minderwertigen Männern, die gewissenlos Jahr für Jahr eine schwer gefährdete Nachkommenschaft erzeugen. Hier ist nicht kalte Berechnung, sondern Liebe und Erbarmen auf seiten des die eugenische Sterilisierung fordernden Arztes.

Ein anderer oft gehörter Einwand ist der, daß die Vererbungslehre ja den Einzelfall gar nicht bestimmt voraussagen kann und daß somit durch das Eingreifen der Eugenik zum Teil auch das Geborenwerden gesunder, ja vielleicht auch einmal hervorragender Menschen verhindert wird. Bei Epilepsie sei z. B. die Wahrscheinlichkeit der Belastung nur 1:9, so daß neun gesunde Kinder ungeboren bleiben sollen wegen eines epileptischen! Herr Professor Dr. Gaupp, der in Alkoholgegnerkreisen geschätzte langjährige verdienstvolle Leiter der Tübinger Irrenklinik, begegnete diesem Einwand mit einem Vergleich. Wenn man zur Ueberfahrt nach Amerika tausend und mehr Schiffahrtslinien zur Wahl hätte, würde man dann diejenige wählen, von der man zum Voraus bestimmt weiß, daß von 10 Schiffen regelmäßig eines untergeht, bloß weil es einem leid tut, daß dann die übrigen neun leer fahren, obgleich sie doch gut hinüberkommen? Die Antwort ist so eindeutig, daß sie nicht ausgeführt zu werden braucht. Bei der Fortpflanzung unseres Volkes aber läßt man die guten Schiffe ruhig leer laufen und wagt es nicht, auch nur den schlechtesten mit größter Gefahrenwahrscheinlichkeit die Fahrt zu verbieten. Gott hat den Menschen wie allen Lebewesen eine ungeheuer reiche Vermehrungsmöglichkeit gegeben. Biologisch könnte sich unser Volk in wenigen Jahrzehnten vervielfachen. Gott hat den Menschen aber auch den Verstand gegeben und den Einblick in seine Naturgesetze. Sollte es nicht sein Wille sein, daß der Mensch die in der Natur waltende Auslese durch Kampf und Tod, die uns grausam erscheint, ersetzt durch eine in ernster Verantwortlichkeit nach bestem Wissen und Gewissen geleitete Fruchtbarkeitsauslese?!

Dr. Bretschneider.

Neue Oberpräsidenten

Kube, Berlin-Brandenburg — Brückner, Niederschlesien — Lutze, Hannover — Lohse, Schleswig-Holstein — Frhr von Lüninck, Rheinprovinz.

Berlin, 27. März.

Auf Grund des Vortrages des Reichskommissars für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, beschlossen die Kommissare des Reiches:

Zu Oberpräsidenten werden ernannt: in Berlin das Mitglied des Landtages Wilhelm Kube in Berlin, in Breslau das Mitglied des Landtages Helmut Brückner in Breslau, in Kiel das Mitglied des Landtages Heinrich Lohse (Altona), in Koblenz der Präsident der Landwirtschaftskammer in Bonn Hermann Freiherr von Lüninck, in Hannover der bisherige Polizeipräsident von Hannover Victor Lutze.

Die neuen Männer

Der neue Oberpräsident von Berlin und Brandenburg, Wilhelm Kube, ist gebürtig aus Glogau und steht im 46. Lebensjahre. Ursprünglich Journalist, war er von 1920 bis 1923 Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei, trat dann zur deutsch-völkischen Freiheitsbewegung über und wurde 1924 in den Reichstag gewählt. 1927 schloß er sich der NSDAP. an, die ihn 1928 in den Preußischen Landtag entsandte. Dort wurde er Führer der nationalsozialistischen Fraktion.

Der neue Oberpräsident von Niederschlesien, Helmuth Brückner, ist am 7. Mai 1896 in Peilau (Kr. Reichenbach, Eulengebirge) geboren. Im März 1918 wurde er im Westen als Abteilungsadjutant schwer verwundet. 1921 beteiligte er sich am Selbstschutz in Oberschlesien. Später wurde er Schriftleiter. Im Frühjahr 1925 begründete er die NSDAP. in Schlesien.

Der neue Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, ist am 2. September 1896 in Mühlenbarbek (Holstein) geboren. Seit 1928 gehört Lohse dem Preußischen Landtag als nationalsozialistischer Abgeordneter für den Wahlkreis Schleswig-Holstein an.

Der neue Oberpräsident der Rheinprovinz, Hermann Freiherr von Lüninck, ist am 3. Mai 1893 zu Haus Ostwig (Westf.) geboren. Nach Kriegsschluß war er als Regierungsassessor im Innenministerium tätig, schied dann 1923 aus dem Staatsdienst aus und wurde stellvertretender Generalsekretär des Rheinischen Bauernvereins. Später wurde er Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Präsidialmitglied der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und Landbundes.

Der neue Oberpräsident von Hannover, Viktor Lutze, war zuletzt Polizeipräsident von Hannover. Er ist am 26. Dezember 1890 in Bevergern (Bez. Münster) geboren. Er hat im Weltkrieg ein Auge verloren. Er gehört der NSDAP. an und ist Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Düsseldorf-West seit 1930.

*

Die Oberpräsidenten Kube, Brückner und Lohse sind evangelisch, die beiden anderen Oberpräsidenten, Frhr. von Lüninck und Lutze katholischer Konfession.

Abberufungen

Auf Grund des § 3 der Verordnung vom 26. 2. 1919 werden unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einstweilen in den Ruhestand versetzt die Oberpräsidenten Dr. Maier-Berlin, Dr. Graf von Degenfeldt-Schomburg (Breslau), Dr. Thon (Kiel), Dr. Fuchs (Koblenz). Der dem Regierungspräsidenten im einstweiligen Ruhestand von Velsen erteilte Auftrag zur vertretungsweisen Verwaltung des Oberpräsidiums in Hannover wird aufgehoben.

Die jetzt abberufenen kommissarischen Oberpräsidenten Graf von Degenfeldt und Dr. Thon waren noch von Reichskommissar Bracht auf diese Posten gestellt worden. Freiherr von Lüninck wurde von Reichskommissar Göring zunächst zum kommissarischen Nachfolger des dem Zentrum angehörenden Oberpräsidenten Gronowski in Münster ernannt. Er vertauscht diesen Posten jetzt mit dem des Oberpräsidenten der Rheinprovinz.

Staatssekretär Dr. Landfried

Staatssekretär Dr. Nobis hat mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand um Versetzung in den Ruhestand gebeten. Die Kommissare des Reichs haben diesem Antrag mit der Maßgabe entsprochen, daß Staatssekretär Dr. Nobis zum 1. April in den einstweiligen und zum 1. Juli in den dauernden Ruhestand versetzt wird. Ministerialdirektor Dr. Landfried beim preußischen Staatsministerium wurde zum Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums ernannt.

Die Reform der Krankenkassen

Die Spitzenverbände der Krankenkassen der Aufsicht des Reichsarbeitsministers unterstellt.

Berlin, 27. März.

Der Reichsarbeitsminister Seldte hat in Verfolg seines kürzlichen Reformwerkes auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens die fünf Spitzenverbände der Krankenkassen ohne Unterschied seiner Aufsicht unterstellt. Diese Aufsicht ist auf alle Unternehmungen und Eigenbetriebe der Vereinigungen erstreckt worden. Ferner wurden den Aufsichtsbehörden Anweisungen zur Durchführung der erweiterten Aufsicht erteilt, um die Entpolitisierung der Krankenkassen und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung endlich sicherzustellen.

Polnische Demonstration

Amtsverzicht des neuernannten Botschafters für Rom.

Warschau, 27. März.

Graf Georg Potocki, der zum polnischen Botschafter in Rom ausersehen war und dessen Ernennung Italien bereits zugestimmt hatte, hat auf sein neues Amt verzichtet. Ueber die Gründe, die für diesen sensationellen Verzicht maßgebend waren, wird von amtlicher polnischer Seite nichts mitgeteilt, doch hört man, daß der Verzicht auf die Regierung selbst zurückgeht, die auf diesem Wege offenbar ihre Verstimmung über den Mussolini-Plan zum Ausdruck bringen will.

Nehmet hin und esset.

Ein Felderlebnis.

Wenn am Abend des 21. März die Sonne untergegangen ist, muß ich einen Augenblick stille stehen. Ein Bild wird in mir wach. Ein Erlebnis jenes großen Tages im letzten Jahre des Krieges wird aufs neue lebendig, stärker und eindrücklicher von Jahr zu Jahr und heute, fünfzehn Jahre nach jenem Tage, am Abend des mit neuem Erleben überreich gefüllten 21. März 1933, muß ich es mir von der Seele schreiben, was ich damals erlebt habe.

Am Morgen jenes denkwürdigen 21. März 1918 war das deutsche Heer in einer Frontbreite von 70 Kilometern aus den Gräben gestiegen, um im gewaltigen Vorstoß den ehernen Ring um Deutschland zu sprengen. Nun sollte der entscheidende Durchbruch kommen, von dem wir den Sieg und damit den Frieden erwarteten.

Für mich ging der Angriff allzu schnell zu Ende. Eben hatten wir unsere Sappe verlassen und wollten das Drahtverhau durchqueren, da fiel das Feuer eines englischen Widerstandsnestes in unsere Gruppe. Ein Schuß durch den Unterschenkel zwang mich, die Truppe zu verlassen.

Mühevoll war der Weg zurück. Oft mußten wir ruhen in den verlassenen Unterständen. Nach beschwerlichem Marsch kamen wir bei Sonnenuntergang in das Dorf Arleux. Alle Häuser waren überfüllt von Stäben und Truppen. Nirgends schien ein Platz für uns aufzutreiben. Inmitten der Häuser stand die geräumige Kirche. Wir traten ein. Das weite Schiff war nur schwach von Kerzen erleuchtet. Ihr matter Schein fiel auf lange Reihen von Betten, Matratzen und Strohsäcken, und auf jeder dieser Lagerstätten lag ein verwundeter Soldat. Manch ein nur halb unterdrücktes Stöhnen stieg von den blutigen Männern hinauf in das hohe Gewölbe der gotischen Halle. Kein Platz war leer geblieben und doch fanden viele noch keine Ruhe nach dem schmerzensreichen Tage. In den Gängen zwischen den langen Lagerreihen drängten die Männer im blutbeschmutzten feldgrauen Kriegerkleid. Wir alle waren hungrig und durstig.

Im schwachen Lichtschein einiger Kerzen lag der Hochaltar der Kirche. Rotbraun, so meine ich mich zu erinnern, erhob er sich über einigen Stufen in das Halbdunkel des Chorraumes. Zwei feldgraue Männer mit der weißen Binde des Roten Kreuzes standen vor dem Tische des Herrn, und ein langer Zug müder und wunder Soldaten zog langsam an ihnen vorbei. Immer neue kamen heran, standen einen Augenblick und gingen schweigend wieder die Stufen des Altars hinab. Jedem der zahllosen feldgrauen Gäste reichte der eine der freundlichen Spender ein Stück dunkelen Brotes mit Steckrübenmarmelade, und der andere füllte uns den bereitgehaltenen Becher mit Tee. Das war ja gewiß nichts anderes als der Verpflegungsempfang, der sich in diesem Raume nicht günstiger einrichten ließ, als eben so. Aber mir fiel, als ich in der langen Reihe die Stufen des Altars hinaufstieg, auf dieses Geschehen ein merkwürdiges Licht. Waren nicht die Männer am Altar trotz ihres Schweigens gleichsam die Prediger einer großen Gemeinde? Denen die da kamen, mühselig und beladen, reichten sie — in wessen Auftrag? — das Brot und den Trank als eine willkommene Erquikkung nach Schmerz und schwerem Weg. Das war nicht mehr nur der Empfang der „zuständigen" Verpflegung, sondern wurde für mich zu einer Feier des Heiligen Mahles: „Nehmet hin und esset!" — „Nehmet hin und trinket!"

Unter dem gewaltigen Eindruck dessen, was wir am Morgen erlebt hatten, erhielten diese ungesprochenen Worte ihre tiefe Bedeutung. Hinter uns lag die Schlacht. Noch war zwar der Tod um uns. Wie mancher von denen, die um uns lagen, mag dort zum letzten Schlaf die Augen geschlossen haben. Aber in diesen Raum des Leidens und des Sterbens hinein wurde, vernehmbar dem hörenden Ohre, das Wort gesprochen vom Brote des Lebens. Und eben weil von Menschen kein Wort dazu gesagt wurde, grub das Geschehen sich um so eindrücklicher in die Seele ein.

Ich habe während des Krieges an manch einer Abendmahlsfeier in entscheidungsschweren Stunden teilgenommen. Keine von diesen Feiern aber ist mir so eindrucksvoll geblieben wie diese, die äußerlich keine war. Wirkende Gegenwart Gottes kann ja auch da lebendig werden, wo wir Menschen sie gar nicht suchen. Und auch das grobe Brot des Soldaten und der schlichte Trank in seinem verbeulten Feldbecher können zu einem gesegneten Brgt und einem gesegneten Kelche werden. W. Th.

Barwiese.

Wieder möchte ich den lieben Lesern unser ostpreußisches Erholungsheim „Barwiese" in Erinnerung bringen. Nun ist ja der Winter fast vorüber, aber für das vor der Tür stehende Frühjahr und den kommenden Sommer möchte ich doch manchem Mut machen, zu uns zu kommen und seine Erholungszeit in den ostpreußischen Wäldern zu verleben. Unser Haus liegt unmittelbar an Wald und See, so daß auch ganz Schwache die Waldluft genießen können. Und wir wollen mit viel Liebe und Frohsinn das Unsere tun, daß sich unsere Gäste so recht wohl und warm gebettet fühlen in unserem Hause. Kurze, zwanglose Andachten sollen auch die vom Lebenskampf oft so müde gewordene Seele zu den Brunnen lebendigen Wassers aus dem Worte Gottes führen, um ihr neue Kraft und Freude zu vermitteln. Ich denke mit soviel dankbarer Freude an den vorigen Sommer zurück. Da waren wir stets eine so frohe Schar. Ende Mai, vielleicht über Pfingsten (das wäre also von Dienstag, den 30. Mai, bis Dienstag, den 6. Juni), planen wir wieder eine Freizeit für Mädchen. Vielleicht schreiben uns manche, ob sie wohl dabei sein möchten, und ob die Zeit eine passende ist. Wir schicken dann das genaue Programm zu. — —

Pensionspreis 3,— RM, Minderbemittelte 2,50 RM. Prospekt wird gern zugesandt. Rechtzeitige Anmeldung (2 bis 3 Wochen vorher!) erwünscht. Anschrift: Erholungsheim Barwiese, Post Alt-Jablonken, Kreis Osterode Ostpr. — Von Berlin aus direkte D-Zugverbindung bis Osterode. Von dort nur noch eine Station mit dem Personenzug. Anmeldungen nimmt gern entgegen

Marie Uszczek, Leiterin des Heimes.

Einführung der Arbeitsdienstpflicht

Bemerkenswerte Ausführungen des neuen Reichskommissars

Berlin, 26. März. In einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Ton und Bild (Degeto) hielt der neuernannte Reichskommissar für den Arbeitsdienst, Studienrat Mahnkens, eine kurze einleitende Ansprache, die sehr bemerkenswerte Feststellungen enthielt. Er sagte u.a., daß alle zur Mitarbeit und Entscheidung über den Arbeitsdienst berufenen Stellen bei ihren letzten Besprechungen völlig übereinstimmender Auffassung über die Gestaltung des Arbeitsdienstes gewesen seien.

Schon in den nächsten Tagen werde die Arbeitsdienstpflicht als Bestandteil eines Generalplanes zur Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Nöte beschlossen werden. In den verschiedenen Bezirken würden dann sofort die vorhandenen Führerstämme eingeteilt werden.

Es sei selbstverständlich, daß auf die Männer, die sich im Freiwilligen Arbeitsdienst in vielen Jahren Erfahrung und Verdienste erworben hätten, nicht verzichtet werden könne, sondern daß nur Tat und Leistung zu entscheiden haben. Schon im Sommer hoffe man, organisatorisch so weit zu sein, daß genügend Führerstämme vorhanden seien, um bereits ganze Jahrgänge zur Arbeitsdienstpflicht einzuberufen. Die Arbeitsdienstpflicht habe die große Aufgabe, zur Pflicht gegenüber Volk und Vaterland zu erziehen und die Erkenntnis zu wecken, daß Arbeit nicht ein notwendiges Uebel, sondern ein Segen sei. Die gewaltige Kraft der Arbeitsdienstpflicht werde eingesetzt in den Dienst der Bodenkultur (Oedlandkultivierung, Meliorationen, Aufforstung) und andere wichtige Arbeiten wie z. B. Hochwasserschutz. Die sich daraus ergebende landwirtschaftliche Schulung vieler Männer käme der Siedlung und damit dem national- und bevölkerungspolitischen Gedanken zugute.

Haftbefehl gegen Dr. Gereke

Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis.

Berlin, 27. März.

Der Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium hat gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Günther Gereke, nunmehr Haftbefehl wegen Unterschlagung in zahlreichen Fällen erlassen. Dr. Gereke wurde darauf sogleich in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Kommunisten verbrennen ihre Fahnen

— Koblenz, 27. März. Am Sonntag fand in Koblenz eine große nationalsozialistische Kundgebung auf dem Clemens-Platz, dem früheren Paradeplatz der Garnison, statt, zu der eine große Zahl Kommunisten mit der eingerollten roten Fahne der Koblenzer Bezirksgruppe und weiteren Fahnen der Unterverbände erschienen waren. Während der Kundgebung traten die Kommunisten vor die Front der aufmarschierten SA- und SS-Leute, begossen ihre Fahnen mit Benzin und setzten sie in Brand. Die Kommunisten erklärten, daß sie ihren Irrweg erkannt hätten und nunmehr wünschten, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angegliedert zu werden.

Gleichschaltungsgesetz

Reichstagswahl auch für Länder und Gemeinden gültig.

Berlin, 27. März.

Nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus München wird das Reichskabinett seine Beratungen wieder aufnehmen. Was die Entpolitisierung der Gewerkschaften, die Neuorganisation des Reichswirtschaftsrates und die Reform des Betriebsrätegesetzes betrifft, dürften diese Fragen nunmehr den wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichskabinetts beschäftigen.

Die Neuorganisation des Reichswirtschaftsrates soll radikale Aenderungen bringen. Danach sollen die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats in Zukunft von der Reichsregierung ernannt werden. Der Freifahrschein, der sich wachsender Beliebtheit erfreute und größte Ausgaben verursachte, soll künftig in Wegfall kommen.

Weiter wird sich das Reichskabinett in den nächsten Tagen erneut mit der Frage der Gleichschaltung in Reich, Ländern und Gemeinden befassen. Wie verlautet, ist beabsichtigt, die Ergebnisse der Reichstagswahl zur Grundlage der Gestaltung der Länderparlamente zu machen. Danach würden also in Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen usw. die bisherigen Landtage aufgelöst und die Mandate errechnet werden, die nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen auf die einzelnen Parteien entfallen würden.

Ein ähnliches Verfahren dürfte dann auch für die kommunalen Vertretungen sowie für die Kreis- und Bezirkstage zur Anwendung kommen. Beschlüsse über diese Gleichschaltung liegen aber bisher noch nicht vor.

Die Ausgabe von Fettkarten

Die Vorarbeiten für die in Durchführung der Neuordnung der Fettwirtschaft zur Ausgabe gelangenden Fettkarten werden beschleunigt weitergeführt. Zunächst ist man im Reichsarbeitsministerium, das in dieser Frage federführend ist, noch damit beschäftigt, den Kreis derjenigen festzustellen, die für den Empfang dieser Fettgutscheine in Frage kommen sollen.

Es ist selbstverständlich beabsichtigt, den Kreis der in Frage kommenden Personen soweit wie nur irgend möglich zu ziehen, aber die von einzelnen Zeitungen bereits genannten Zahlen werden an zuständiger Stelle als ganz überschlägliche Schätzungen bezeichnet.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung wird die Preisbildung für Margarine und Kunstspeisefette in der nächsten Zeit mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgen und gegen Ueberteuerungen mit allem Nachdruck, gegebenenfalls mit der Schließung von Betrieben, die ungerechtfertigte Preise für diese Lebensmittel fordern, vorgehen.

Vor einer spekulativen, preistreibenden Vorratseindeckung wird gewarnt, eine Nachversteuerung der Vorräte beim Handel ist beim Inkrafttreten der Ausgleichsabgabe für Margarine und Kunstspeisefette vorgesehen.

Washington gegen die Hetze

Amerikas Haltung zu der Verleumdungskampagne gegen Deutschland.

Washington, 27. März.

Das Staatsdepartement, das ebenso wie das Weiße Haus in der Frage der jüdischen Proteste gegen die Reichsregierung sich konsequent zurückhaltend und mäßigend verhielt, ist auch jetzt bemüht, vor einer falschen Meinungsbildung zu warnen. Trotz zahlloser Forderungen nach Protesterhebung ist der Außenminister fest entschlossen, nichts zu unternehmen, was nicht durch einwandfreie Beweise gerechtfertigt sei.

In der amerikanischen Presse hat die Erregung über Deutschland nachgelassen, und die größeren ernsthaften Zeitungen rücken allmählich davon ab, derartige Meldungen in großer Aufmachung herauszubringen, teils weil sie so offensichtlich unwahr sind und an die Greuelmärchen aus der Kriegszeit erinnern, teils weil die sensationelle Boulevardpresse insbesondere in Neuyork die Schauermeldungen dazu benutzt hat, um ihre Auflagenziffer hoch zu treiben. Man nimmt hier an, daß die Kampagne sich demnächst legen werde und allgemein ist man der Ueberzeugung, daß die große Masse des nichtjüdischen Teiles des amerikanischen Volkes die Meldungen über die angeblichen Zustände in Deutschland ignoriert oder nicht ernst nimmt.

Erklärung jüdischer Frontsoldaten

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten richtete ein Schreiben an die amerikanische Botschaft in Berlin und betont darin, es sei an der Zeit, von der unverantwortlichen Hetze abzurücken, die von jüdischen Intellektuellen im Ausland gegen Deutschland unternommen werde. Diese Leute, die ihre Glaubensbrüder im kritischen Augenblick im Stiche gelassen hätten, hätten das Recht, mitzureden, verwirkt.

*

Staatssekretär Hull beruhigt die amerikanischen Judenführer.

Washington, 26. März. Auf Grund des Berichtes der Berliner amerikanischen Botschaft an das Staatsdepartement bezüglich der angeblichen Judenmißhandlungen in Deutschland hat Staatssekretär Hull an den Führer der amerikanischen Juden, Rabbi Stevens Weiß in Neuyork, an den deutschen Präsidenten des Judenkongresses der Vereinigten Staaten, Bernhard, und an den Führer der Juden in Philadelphia, Dyrus Adler, Telegramme geschickt. In diesen Telegrammen führte Hull aus: In Deutschland fanden während einer kurzen Zeit beträchtliche körperliche Mißhandlungen von Juden statt. Diese Phase ist jedoch jetzt beendet. Ferner wurden einige Läden von Juden durch Aufstellung von Streikposten boykottiert und einige Juden in gewissen Berufen unterschiedlich behandelt. Alle diese Vorgänge wurden von der deutschen Regierung mit ernster Sorge betrachtet. Die Telegramme Hulls verweisen dann auf die Verfügungen des Reichskanzlers Hitler und die Rede des Vizekanzlers v. Papen in Breslau sowie auf die Verstärkung der Polizei. Hull sieht in diesen Aeußerungen und Maßnahmen Zeichen des aufrichtigen Bemühens der Reichsregierung, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Anerkennung der Gesetze durchzusetzen. In den Telegrammen Hulls heißt es dann weiter: In Deutschland ist das Gefühl verbreitet, daß nach einer solchen umwälzenden politischen Neuordnung einige Zeit bis zur Wiederherstellung des Gleichgewichts vergehen müsse. Nach Ansicht der Berliner Botschaft der Vereinigten Staaten ist dieses Gleichgewicht, soweit es Mißhandlungen von Personen betrifft, wieder hergestellt. Es liegen Anzeichen vor, daß die Lage auch auf anderen Gebieten eine Besserung erfährt.

Hull drückt dann die Hoffnung aus, daß die Lage in Deutschland bald wieder völlig normal wird und betont, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Vorgänge in Deutschland weiterhin aufmerksam mit sympathischem Interesse und dem Wunsch verfolge, in jeder Weise behilflich zu sein.

Sondergerichte.

Berlin. Der kommissarische preußische Justizminister hat eine Ausführungsverordnung über die Bildung von Sondergerichten bekannt gegeben, wonach in Preußen 13 Sondergerichte zu bilden sind, und zwar in Berlin, Breslau, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Kassel, Altona, Köln, Königsberg, Elbing, Halle und Stettin.

Neue Verhaftungen

Hohe badische Genossenschaftsbeamte der Untreue beschuldigt.

Karlsruhe, 27. März.

Der Präsident und Generaldirektor der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Karlsruhe Keibel ist mit mehreren Direktoren und Generalsekretären wegen Verdachtes der Untreue und Unterschlagung vorläufig festgenommen worden. Gegen einen Teil der Verhafteten ist bereits Haftbefehl erlassen. Ihnen wird vorgeworfen, über Vermögensstücke der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft absichtlich zu deren Nachteil verfügt und fremde bewegliche Sachen sich rechtswidrig zugeeignet zu haben.

In Groß-Stuttgart sind neuerdings bei 400 Durchsuchungen über 270 kommunistische Funktionäre in Schutzhaft genommen und sofort nach dem Konzentrationslager Heuberg verbracht worden.

Revision beim Hauptverband

Berlin, 27. März.

Der Reichsarbeitsminister hat in Fortführung seiner Maßnahmen zur Neuordnung der Krankenversicherung die Prüfung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen in Berlin durch die vom Reich kontrollierte Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft angeordnet. Die Prüfung beginnt sofort.

Revolution der Disziplin

Reichsminister Göring warnt die Auslandspresse.

Berlin, 27. März

Wie der Auslandspressechef der NSDAP., so ist jetzt auch der kommissarische preußische Innenminister, Reichsminister Göring, der schmutzigen Greuelhetze energisch entgegengetreten. Minister Göring empfing in Berlin die Vertreter der Auslandspresse und erklärte, wenn man die Auslandszeitungen der letzten Woche lese, dann könne man als Deutscher zunächst erschrecken, dann empört und schließlich fassungslos werden.

Die nationale Revolution sei im Gegensatz zu der Revolte von 1918 eine Revolution der Disziplin.

Gewiß seien einige bedauerliche Zwischenfälle vorgekommen. Jetzt vollziehe sich der Aufbau in Ruhe und Sicherheit. Nach der Weltpresse müsse man allerdings glauben, man wate in Berlin in Blut. Die Berichte über Schändungen jüdischer Friedhöfe, Synagogen und anderer Gebäude sei nichts als maßlose Entstellung und Hetze.

Nichts sei geschehen, als daß einige Leute aus ihren Pfründen abgesetzt und daß einige tausend Kommunisten von der Polizei verhaftet worden seien. Die Verhafteten würden genau so behandelt wie andere Gefangene.

Die Regierung würde es niemals dulden, daß ein Mensch nur deshalb irgendwelchen Verfolgungen ausgesetzt werden sollte, weil er Jude sei. Der jüdische Geschäftsmann könne in Ruhe seinen Geschäften nachgehen. Jüdische Beamte seien nur abgebaut worden, weil sie Sozialdemokraten waren. Heute sei noch eine ganze Reihe Juden in Staatsstellungen. Weiter wandte sich Minister Göring noch gegen die Gerüchte über Belästigung von Ausländern. Wo etwas Derartiges passiert sei, sei scharf eingegriffen worden; seit über einer Woche sei überhaupt kein Fall irgendeiner Belästigung von Ausländern mehr gemeldet worden. Den Verbänden seien rigorose Strafbestimmungen gegeben worden, daß Belästigungen vollkommen ausgeschlossen seien.

Minister Göring wiederholte dann noch einmal, was er in diesen Tagen bereits der sozialdemokratischen Parteiführung gesagt hat. Solange die sozialdemokratische Presse im Ausland Deutschland verleumde, werde in Deutschland kein Wort von der sozialdemokratischen Presse gedruckt werden. Aber nicht nur der geschlagene Marxismus, sondern auch die Juden selbst trügen an dem Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland Schuld.

Der Minister erinnerte an die Bittgottesdienste und Protestkundgebungen, die in Amerika stattfinden und bei denen es sich um eine Verleumdungskampagne gegen einen Staat handele, der die Juden geschützt habe.

Die Reichsregierung und die preußische Regierung, so beendete Minister Göring seine Ausführungen, haben kein Ausnahmerecht geschaffen für irgendeinen Teil des deutschen Volkes.

Die Reichsregierung wie die preußische Regierung sind bestrebt, jedes Mittel zu ergreifen, um Zucht, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Vielleicht werde die Welt es doch einmal Deutschland danken müssen, daß die kommunistische Welle auf deutschem Boden zum Stillstand gebracht und die abendländische Kultur gerettet worden sei.

Die Ausführungen des Reichsministers Göring fanden stärksten Beifall bei den ausländischen Journalisten. Einige Pressevertreter erhielten besondere Ausweise, um die Gefängnisse zu besichtigen und sich durch eigenen Augenschein zu überzeugen, wie verlogen die Greuelnachrichten über die politischen Gefangenen sind.

Telegramm Papens an Amerika

Auf eine telegraphische Anfrage der deutsch-amerikanischen Handelskammer in Neuyork über angebliche Uebergriffe gegen amerikanische Geschäftsinteressen und sonstige Ausschreitungen hat Vizekanzler von Papen in einem ausführlichen Antwortkabel geantwortet, daß diese Nachrichten jeder Begründung entbehren. Das Geschäftsleben verlaufe durchaus normal; irgendwelche Klagen über Beeinträchtigungen amerikanischer Interessen seien auch von der hiesigen amerikanischen Handelskammer nicht gemeldet worden.

Vizekanzler von Papen weist dann scharf die im Auslande verbreiteten Greuelmeldungen zurück und betont, daß die nationale Revolution, deren Ziel sei, Deutschland von schwerer kommunistischer Gefahr zu befreien und die Verwaltung von minderwertigen Elementen zu säubern, sich in bemerkenswerter Ordnung vollzogen habe.

Wo einzelne Uebergriffe vorgekommen seien, seien sie auch nach der scharfen Erklärung des Reichskanzlers vom 12. März unterblieben. Hunderttausende von Juden lebten in Deutschland völlig unbehelligt, und der Betrieb zahlreicher jüdischer Geschäfte und Verlagshäuser verlaufe normal und ungestört.

Die in Amerika verbreiteten gegenteiligen Nachrichten stammten offenbar aus Quellen, die ein starkes Interesse daran haben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika zu vergiften und die nationale Regierung, obwohl sie sich auf die Mehrheit des deutschen Volkes stütze, bei dem amerikanischen Volke systematisch zu diskreditieren.

Wiener Setzerstreik beigelegt

Wien, 27 März. Der Zeitungssetzerstreik, der im Anschluß an die Beschlagnahme einiger Linksblätter ausgebrochen war, ist wieder beigelegt worden.

Wilsons Friedensangebot und sein geistiger Standort.

Fünfzehn Jahre sind ins Land gegangen seit jenem geschichtlich gewordenen 8. Januar des Jahres 1918, da der amerikanische Präsident Wilson einer längst kampfmüde gewordenen, langsam verblutenden Welt den heiß ersehnten Frieden anbot. Grundlage einer neuen friedlichen Ordnung sollten seine berühmt und berüchtigt gewordenen vierzehn Punkte sein. Die verbündeten Mittelmächte, damals noch Siegerstaaten und um den Endsieg ringend, lehnten damals noch einen Frieden auf dieser Grundlage ab. Wohl nicht deshalb, weil sie das trügerische Blendwerk dieses Angebotes von vornherein durchschaut hätten. Man wollte die Opfer nicht tragen, die ein solcher Friedensschluß mit sich gebracht hätte. Als man dann aber der Ubrmacht der Feinde erlag, als man nun wirklich um Frieden auf Grund der 14 Punkte bitten mußte, da erst erfuhr man den ungeheuren Betrug, der sich hier auswirkte. Wir erfahren ihn heute noch und beginnen erst allmählich klarer zu sehen und zu erkennen.

Der Betrug beruhte, das wissen wir heute, nicht auf einer persönlichen Unehrlichkeit des Mannes, der hier den Grund für einen dauernden künftigen Weltfrieden legen wollte. Wilson glaubte an die Weltvernunft, er glaubte an das Vermögen des Menschen, sich eine neue Welt dauernden Friedens und bleibender Wohlfahrt schaffen zu können. Er hat sich mit glühendem Idealismus für dieses Ziel eingesetzt. Es war ein unerhörtes, nie dagewesenes Ereignis, daß ein Präsident der Vereinigten Staaten Amerika verließ, um an einer europäischen Friedenskonferenz teilzunehmen. Wilson kam nach Europa, um mit Clemenceau und Lloyd George um die Durchsetzung seines Programms zu ringen. Er ist in diesem Ringen unterlegen. In Versailles wurde nicht die Stimme der Vernunft gehört; es triumphierte die brutale Gewalt der Sieger über die Besiegten, die den letzteren den Garaus zu machen suchte. Und über solchem Unterliegen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist nicht nur ein Mann politisch und menschlich zerbrochen. Hier zerbrach mehr. Hier zerbrach eine ganze Welt, ein Ideengebäude, ein Glaube, eine Weltanschauung, die sich, obwohl längst als brüchig und unwahr erkannt, Jahrhunderte hatte behaupten können. Es zerbrach eben jener Glaube an die Seinsmächtigkeit und Selbstmächtigkeit des Menschen, der in seiner Vernunft ein Herr seiner selbst und seiner Welt zu sein meinte, fähig, über sich selbst zu bestimmen und seine Welt zu ordnen.

Wir tun also gut daran, das zu sehen und in unserm Kampf gegen Versailles davon auszugehen. Das würde bedeuten, daß dieser Kampf nicht einseitig politisch geführt werden kann, daß er sich auch nicht ausschließlich auf unsere Gegner von ehemals zu kehren hat, die uns dieses Versailles und damit eine große Enttäuschung bereiteten. Wir haben zu fragen, wie es überhaupt nur denkbar war, daß solch ein „Friede" geschlossen werden konnte; wir haben auch zu fragen, wie es wohl gewesen und geworden wäre, wenn die „Friedens"verhandlungen mit umgekehrt verteilten Rollen geführt worden wären. Und dann richtet sich unser Kampf vielleicht gegen eine Welt, der wir selber angehören, die in ihrem Denken, Wollen und Glauben so sehr abgleiten konnte, daß der Kampf aller gegen alle, die brutale Selbstzerfleischung und Selbstvernichtung das furchtbare Ende ist.

Wilson wollte der Welt einen Frieden „ohne Annexionen, ohne Kriegssteuer, ohne Strafen", ohne Gewalt und Unrecht bescheren. Oeffentlich sollten die Friedensverträge abgeschlossen, alles Unrecht sollte gesühnt, Land und Leute nach Recht und Vernunft verteilt und regiert werden. Die Völker sollten selbst über ihr Schicksal befinden, (Selbstbestimmungsrecht), die Nationen sollten sich im Völkerbund zusammenschließen, sich verständigen und verbrüdern, den Krieg und jede gewaltsame Auseinandersetzung aus der Welt schaffen, durch Schiedsgerichte ihre gegenseitigen Interessen und Anliegen zu Ausgleich und Austrag bringen und den ewigen Frieden herbeiführen und sichern. Das ist der Mensch, der es in die Hand nimmt, seine Welt in Ordnung zu bringen, sie neu zu gestalten und zum ewigen Paradies umzuwandeln. Das „Friede auf Erden" ist nicht mehr die Botschaft der himmlischen Heerscharen und die Gabe des Ewigen. Der Mensch macht Frieden und führt die Welt zur Vollkommenheit.

Aber niemals ist der Glaube an die Selbstmächtigkeit des Menschen und seiner Vernunft so sehr bloßgestellt worden wie hier. Man verstand es, dem Mann mit den 14 Punkten scheinbar entgegenzukommen, um ihn damit zur Aufgabe seiner eigentlichen Forderungen zu bewegen. Deutschland und seine Verbündeten wurden zu gemeinen Verbrechern gestempelt und demgemäß behandelt; ein Friede ohne Annexionen und Strafen" war von dorther nicht mehr möglich. Mit Verbrechern setzt man sich nicht an den Verhandlungstisch. Verbrecher zitiert man vor die Schranke des Gerichts und spricht ihnen das Urteil. Wilsons erster Satz, demzufolge die Friedensverträge öffentlich zustande kommen sollten, wurde nicht erfüllt. Hinter verschlossenen Türen wurde der Plan geschmiedet, der einem ganzen Volke Vernichtung und ewige Knechtschaft bringen sollte. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde zum Mittel der brutalen und willkürlichen Machtpolitik der Feinde; wo es sich ihr nicht fügen wollte, schob man es beiseite. Hier siegte nicht die Vernunft, hier siegte die rohe, ungezügelte Leidenschaft des Menschen.

Das ist in der Folgezeit noch deutlicher und noch grausamer ans Licht getreten. Man hatte dem Präsidenten von Amerika in einigen Punkten nachgegeben, als man sah, daß er mit sich reden ließ. So schuf man einen Völkerbund und einen internationalen Schiedsgerichtshof, man fing an, von Abrüstung zu sprechen und kam zu Abrüstungskonferenzen zusammen. Selbstverständlich blieben die bestraften Schuldigen am Weltkrieg vorerst vom Völkerbund ausgeschlossen. Man erzwang von ihnen eine allgemeine, radikale Abrüstung und machte sie völlig wehrlos inmitten von Nationen, die aufs äußerste gerüstet sind. Man versprach zwar, daß durch die Abrüstung Deutschlands und seiner Verbündeten eine allgemeine Herabsetzung der nationalen Rüstungen eingeleitet werden solle. Aber wir warten bis heute vergeblich auf die Einlösung dieses Versprechens. Statt dessen hat ein allgemeines Wettrüsten eingesetzt.

Heute glaubt kaum noch ein überlegender Mensch an den Völkerbund, erwartet kaum noch einer das Heil der Welt von der Abrüstungskonferenz. Die Welt ist unsicherer geworden denn je. Während in Genf der Völkerbund und die Abrüstungskonferenz tagen, wütet im fernen Osten der Krieg in der grauenvollsten Weise, geführt zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes. Man kann sich die gegenwärtige Lage kaum treffender gekennzeichnet denken als durch diese Gegenüberstellung. Gerade in diesen Tagen und Wochen tritt dieses völlige Fiasko von Genf vollkommen ans Licht. Der Völkerbund hat in seinen Bemühungen um die Beilegung des ostasiatischen „Mandschureikonfliktes" längst die Waffen gestreckt. Der Krieg geht weiter, trotz des Völkerbundes und seiner Kommissionen. Was könnte auch dagegen geschehen? Man wußte längst, daß Japan seinen Austritt erklären würde in dem Augenblick, wo der Völkerbund, der überdies längst in einzelne Interessengruppen auseinandergefallen ist, eine energische Haltung einnehmen würde. Die Abrüstungskonferenz aber ist gerade ein Jahr nach ihrem Zusammentritt — bis dahin sprach man nur von einer „vorbereitenden Abrüstungskonferenz" — in ihren Verhandlungen gerade dort wieder angelangt, von wo man ausging. Die unterdrückten Mächte, als ihr Wortführer Deutschland, verlangen Gleichberechtigung, Abrüstung der andern nach dem eigenen Vorbild; Frankreich aber ruft mit seinen Verbündeten nach „Sicherheit", und das bedeutet für sie: Verewigung des jetzigen rechtlosen, unsicheren Zustandes, Vorherrschaft in Europa, Niederhaltung der andern. Man spricht bereits nicht mit Unrecht von einem endgültigen Scheitern der Abrüstungskonferenz.

Damit ist dann vielleicht auch wohl endgültig dargetan, was im Grunde längst jedem Einsichtigen hätte klar sein müssen, daß sich eben durch vernünftige Ueberlegungen, durch Konferenzberatungen und Konferenzbeschlüsse kein Friede machen, kein Ausgleich herbeiführen läßt. Ist es nicht überhaupt ein Unding, daran zu glauben? Ist es nicht von vornherein ein unsinniges Unternehmen, wenn man Abrüstung beschließen, durch irgendwelche Uebereinkünfte die Rüstungen begrenzen oder gar abschaffen will? Damit ist ja der Sinn der Rüstungen durchaus nicht verstanden. Man wappnet sich gegen den andern, wenn man ihm übel will oder von ihm Uebles fürchtet, wenn man sich also nicht traut. Die Abrüstungsfrage wird damit zur Vertrauensfrage, was alle Abrüstungstheoretiker scheinbar bisher nicht gesehen haben oder nicht sehen wollten. Sie haben auch nicht beachtet, daß Vertrauen sich niemals fordern oder beschließen läßt. Vertrauen ist da oder ist nicht da, springt auf oder bleibt fern. Vertrauen ist ein vitaler Lebensvorgang, der immer ganz ursprünglich ist, der niemals durch uns Menschen gemacht werden kann. Damit aber stehen wir vor der Tatsache, die wir uns so gern verschleiern möchten, daß dieser Lebensvorgang gestört ist, daß die Menschheit auseinanderbrach, in sich zerfiel und durch keine Anstrengung, durch kein noch so heißes Bemühen wieder zueinander, zum Frieden kommen kann, es sei denn, daß sie sich unter ihr Gericht beuge und mit gebeugtem Sinn den Frieden suche, der ihr allein als Gnadengabe zuteil werden kann.

Mit dieser Erkenntis aber stehen wir am Ende einer geistesgeschichtlichen Bewegung, die nun seit bald 200 Jahren uns irreleitet und die in Wilsons Friedensangebot und dem, was aus ihm folgte, ihren letzten prägnanten Ausdruch gefunden hat . Vielleicht ist es dann aber gut, wenn wir uns noch einmal an den Anfang dieser Bewegung stellen und auf ihre eigentlichen Quellgründe achte. Es könnte sein, daß uns von daher der Umbruch unserer Zeit in seiner letzten Tiefe noch deutlicher würde.

H. St.

Flugzeugkatastrophe.

Flugzeug auf ein Haus gestürzt. — 12 Tote.

— Neuyork, 26. März. Wie aus San Franzisco gemeldet wird, stürzte in Hayward ein Verkehrsflugzeug, in dem sich neben dem Flugzeugführer zwei Fluggäste befanden, auf das Dach eines Wohnhauses ab. Die Benzintanks explodierten. Der Motor wurde 100 Meter weit fortgeschludert. Eine sechsköpfige Familie, die das Haus bewohnte, und vier Gäste wurden bis auf einen Jungen getötet. Auch der Flugzeugführer und die beiden Fluggäste fanden den Tod. Alle zwölf Personen verbrannten. Das Flugzeug war bei einem Wolkenbruch in eine plötzliche Regenböe geraten und zu Boden gedrückt worden. Das Wohnhaus ging trotz des strömenden Regens in hellen Flammen auf.

Auflösung der SPD-Fraktion?

Berlin, 27. März.

Nach einer Blättermeldung ist in der letzten Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angeregt worden, auf jede parlamentarische Tätigkeit zu verzichten und gewissermaßen die Auflösung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu beschließen Der Antrag ist schließlich zurückgestellt worden, und eine Mehrheit der Fraktion beschloß an den Reichstagsmandaten zunächst festzuhalten.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. **Sonderzug nach Berlin.** Der Sonderzug nach Berlin am 1./2. und 3. April bietet eine 50-prozentige Fahrpreisermäßigung. Mit der Sonderfahrt ist ein Ausflug nach Potsdam verbunden, wo die historischen Stätten, wie Sanssouci, Garnisonkirche, Neues Palais u. a. m. besucht werden. Außerdem ist ein Besuch der hochinteressanten Ausstellung „Die Frau" vorgesehen. Fahrkarten zu dem Sonderzuge sind möglichst schon jetzt zu lösen oder bei den Verkaufsstellen zu bestellen.

Bekanntmachung.

Das Abbrennen von Bodendecken auf Wiesen, Feldrainen, Oedland und Hängen (Böschungen) und Wildhecken) sowie von Rohr und Schilf in der Zeit vom **15. März bis 30. September jeden Jahres ist** gemäß Reg.-Pol.-Verordnung vom 11. Juli 1930 **verboten.**

Von Kindern und auch von Erwachsenen wird häufig im Frühjahr das verdorrte Gras angezündet, ohne dabei auf die hervorgerufene Gefahr der Verursachung von Waldbränden Rücksicht zu nehmen.

Durch solche Brände werden viele nützliche Vögel, die im Frühjahr ganz zeitig an der Erde brüten, und denen gerade die überhängenden Grasbüschel an Böschungen die beste Nistgelegenheit bieten, in ihrem Nist- und Brutgeschäft gestört oder auch gänzlich vernichtet.

Die große Verbreitung dieser Unsitte wird meistenteils darauf zurückzuführen sein, daß das obige Verbot nicht bekannt oder in Vergessenheit geraten ist.

Der Ehrenbürgermeister, gez. Dr. Huttel.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts".

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Th. Petzold's Tropfen
das alterprobte, viel tausendmal bewährte Mittel
bei Asthma, Husten, Blutspucken.
Originalpackung mit Bild. Preis 1,30 Mk.
Zu haben in den Apotheken.
Alleinhersteller: **Chem. pharm. Laboratorium Teutoburg Gustav Vinnen, Bielefeld**

Zwei gebildete jung. Mädchen suchen zur gründl. Erlernung des Haushaltes
Stelle als Haustochter
mit Fam.-Anschl., etwas Taschengeld erwünscht. Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl. unt. A 3191.

Geb. Frl. 36 J. erf. in guter u. Diätküche sucht Stellung als
Kochstütze
im Saison-Heim oder Hospiz Angeb unt. A 3197 an die Geschäftsstelle des Aufwärts.

Bausparbrief
(Gem. der Freunde, 7000 M. eingez. rd. 2400 M.) für 2200 bar zu verkaufen. Gefl. Zuschriften an die Geschäftsstelle des Aufwärts unter A 3198.

Baden-Baden
Hospiz Haus Tabor Gernsbacherstraße 51. Tel. 1021. 3 Min. von Bädern u. Wald, Haltest. d. Elekt. Bahn. Zimmer m. Frühst. 2.50 M.

Christl. Damenheim
Lindhorst (Sch.-Lippe)
bietet von 2,25 Mark täglich an gemütlichen Daueraufenthalt.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Dienstag: Bethelgruppenabend, jüngere Abteilung, im Heim.

Mittwoch nehmen wir alle teil am Gemeindeabend im Assapheum.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, 8¼ Uhr bezw. 8¾ Uhr: die Chöre in der Aufbauschule. Pünktlich und vollzählig. 3. Bd. Pos.-Buch mitbringen.

Dienstag keine Bibelstunde.

Mittwoch 8 Uhr Teilnahme am Gemeindeabend im Assapheum.

Donnerstag im Pertheshaus (Brötchenabend).

— Am Mittwoch, den 29. März, fällt die Frauenhilfe aus.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.